

JAHRESBERICHT 2024

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Impressum

Tätigkeitsbericht des Vorstands des
Flüchtlingsrats Niedersachsen e.V.
im Jahr 2024

Redaktion:
Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Röpkestraße 12
30173 Hannover

Telefon: 0511 / 98 246030
Fax: 0511 / 98 246031

Internet: www.nds-fluerat.org
E-Mail: nds@nds-fluerat.org

Spendenkonto Flüchtlingsrat:
Niedersachsen e.V.
GLS Gemeinschaftsbank e.G.
IBAN: DE28 4306 0967 4030 4607 00
BIC: GENODEM1GLS
Zweck: Spende

Hannover, April 2025

Mitglied werden:

Spenden:

INHALT

Asylpolitik 2024.....2

Schiffspatenschaft jetzt!.....5

Vorstellung des Vereins.....6

Projekte.....8

Jahresrückblick.....14

Zahlen, Daten, Fakten.....40

Feedback.....41

Impact story.....42

Danksagungen.....43

Förderer.....44

Rückschritt statt Menschenrechte – Schutzsuchende als Sündenböcke politischer Krisen

Das Jahr 2024 war ein Tiefpunkt für den Schutz von Geflüchteten in Deutschland und Europa. Anstatt Fluchtursachen zu bekämpfen oder solidarische Lösungen zu entwickeln, diente das Thema Asyl zur Profilierung und Krisenbewältigung auf dem Rücken Schutzbedürftiger.
Den Anfang machte der Strategiewechsel der Kommunalen Spitzenverbände, die 2022 noch über eine Million Ukrainerinnen aufnahmen – um 2023 die Aufnahme von 300.000 Asylsuchenden aus anderen Regionen als unzumutbar darzustellen. Die Ministerpräsident*innenkonferenz stimmte ein, in der Erwartung, auf diesem Weg den Bund zur finanziellen Beteiligung zu drängen. Die CDU nutzte die Stimmung gegen die Ampelregierung, die sich in ihrer politischen Strategie dann weitgehend umorientierte und fortan einer überaus restriktiven Asylpolitik das Wort redete.“
Statt das Asylrecht entschlossen zu verteidigen, präsentierte die Regierung „Lösungen“ für ein Problem, das sie selbst zuvor anders bewertet hatte. Der Koalitionsvertrag mit progressiven Vorhaben wurde de facto außer Kraft gesetzt. Von Verbesserungen beim Familiennachzug oder Abschaffung von Arbeitsverboten keine Spur – stattdessen wurden massive Verschärfungen beschlossen.

Asylrechtsabbau auf europäischer und nationaler Ebene

Im Mai 2024 stimmte die Bundesregierung einer Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu. Damit wurde die Einführung von Grenzasylverfahren beschlossen sowie die Möglichkeit geschaffen, Asylsuchenden Verfahren zu verweigern, wenn sie durch sogenannte „sichere Drittstaaten“ gereist sind – auch wenn diese weder die Genfer Flüchtlingskonvention noch die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert haben.
Weitere Maßnahmen folgten auf nationaler Ebene: Verschärfung des Abschiebungshaftrechts, Ausweitung „sicherer Herkunftsstaaten“, Einführung flächendeckender Binnengrenzkontrollen, Ausweitung von Leistungskürzungen bis zur völligen Streichung der Leistungen für Dublin-Flüchtlinge.
Auch in Niedersachsen blieb der rot-grüne Landesregierung weit hinter ihren Versprechen im Koalitionsvertrag zurück.

Projekte wie die Einrichtung von Willkommensbehörden, die Einführung einer Gesundheitskarte für alle oder die Verabschiedung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes wurden ebenso verschoben wie die flächendeckende Umsetzung eines landesweiten Bleiberechtskonzepts („Wege ins Bleiberecht“) oder das Aufnahmeprogramm für Menschenrechtsverteidiger*innen. Nach der ersten Kirchenasylräumung in Niedersachsen seit 25 Jahren im Frühjahr 2024 versprach die Landesregierung immerhin, das Kirchenasyl in Niedersachsen zukünftig zu achten. Auch setzte sich die Landesregierung – vergeblich – für einen besseren Schutz von Ezid*innen auf Bundesebene ein und ermöglicht in vielen Einzelfällen Schutz im Rahmen einer liberalen Umsetzung der Härtefallregelung. Gegen den harten Kurs der Bundesregierung ließ die Landesregierung jedoch jeden Widerstand vermissen. Stattdessen unterstützte das Land restriktive Bundesvorgaben – etwa durch seine Vorreiterrolle bei der Bezahlkarte – und wich auch in Bund-Länder-Konferenzen nicht von der restriktiven Linie ab.

Sondierungspapier SPD/CDU: Weitere Verschärfungen drohen

Die vorläufige Einigung von CDU/CSU und SPD lässt für 2025 nichts Gutes erwarten: Legale Fluchtwege über Aufnahmeprogramme werden weitgehend abgeschafft, der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wird „befristet“ ausgesetzt. Das zerstört Familien, trennt Kinder von Eltern und widerspricht dem Schutz der Familie, den gerade die Union sonst betont. Die GEAS-Verordnung soll zeitnah und in verschärfter Form umgesetzt werden: U.a. macht sich die Bundesregierung nun dafür stark, dass Asylsuchende ohne inhaltliche Prüfung auch in Drittstaaten abgeschoben werden können, mit denen sie nie einen Gebietskontakt hatten („Ruanda-Modell“).
Soweit eine Aufnahme in Deutschland nicht schon an den Grenzen durch Zurückweisung oder Externalisierung verhindert wird, will die Bundesregierung das Asylverfahren durch eine Ausweitung der Liste sog. „sicherer Herkunftsländer“ und die Herabsetzung an die Prüfungsanforderungen zu einem „kurzen Prozess“ machen: Künftig soll nicht mehr der Amtsermittlungs-, sondern der Beibringungsgrundsatz gelten. Die Betroffenen sollen ihre Verfolgung nicht mehr nur glaubhaft machen, sondern buchstäblich beweisen müssen. Auch sozialpolitisch geht es um Grundsätzliches: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren“, hatte das Bundesverfassungsgericht noch 2012 dekretiert. Offenkundig ist jedoch, dass die Bundesregierung alles daran setzt, den durch Hartz 4 gesetzten Mindeststandard für Geflüchtete zu unterschreiten und auch für andere Leistungsbedürftige die Ansprüche zu senken.

Gefährliche Verschiebung des Diskurses

Sprachlich wie politisch zeigt sich eine bedenkliche Entwicklung: Nicht mehr die Schutzbedürftigkeit, sondern die Nützlichkeit steht im Fokus. Asyl wird zunehmend im Kontext „irregulärer Migration“ diskutiert – obwohl Geflüchtete mit Asylantrag rechtmäßig im Land sind. Die gezielte Sprachverschiebung marginalisiert Schutzsuchende und bereitet die gesellschaftliche Akzeptanz für weitere Abschottung und Ausgrenzung vor.

Was heute politischer Mainstream ist, war vor zehn Jahren undenkbar. Politiker*innen, die sich damals über Schusswaffeneinsatz-Fantasien der AfD empörten, stellen heute selbst das Asylrecht infrage. Die Willkommenskultur ist einem Klima der Angst und Abwehr gewichen.

Appell: Menschenrechte verteidigen – Solidarität organisieren

Wir rufen dazu auf, das Asylrecht als universelles Menschenrecht zu verteidigen. Schutzsuchende sind nicht Ursache, sondern Symptom globaler Krisen – oft mit westlicher Mitverantwortung. Eine solidarische Gesellschaft muss den Mut haben, Minderheiten zu schützen und Lösungen gemeinsam zu entwickeln.

Flucht ist kein Missbrauch, sondern oft die einzige Option. Wer das Asylrecht verteidigt, tut dies nicht, weil Geflüchtete ökonomisch „nützlich“ sind – sondern weil sie Schutz brauchen. In dieser Situation müssen wir gemeinsam und langfristig die Diskussion über Flucht und Asyl wieder menschenrechtsorientiert gestalten.

Es gibt viel zu tun. Packen wir’s an.

Euer Vorstand

Anke Egblomassé, Dündar Kelloglu, Claire Deery,
Norbert Grehl-Schmitt und Melanie Weyerstall



Schiffspatenschaft jetzt!





Auf dem "Fest der Vielfalt" fordern wir, dass der Rat der **Stadt Hannover** - wie es z.B. die Kommunen Osnabrück, Braunschweig, Wolfsburg und dem Landkreis Lüneburg bereits getan haben - eine Schiffspatenschaft mit einer zivilen Seenotrettungs-organisation, die im Mittelmeer aktiv ist, beschließt.

Zahlreiche Besucher*innen des Festes haben diese Forderung mit einem Foto vor einem Schiffsmodell unterstützt.





VORSTELLUNG DES VEREINS

VEREIN

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. ist eine unabhängige, gemeinnützige Menschenrechtsorganisation und arbeiten in der Geschäftsstelle in einem Team von insgesamt 25 Personen.

Video zum 40. Jubiläum des Flüchtlingsrates

WIR KÄMPFEN FÜR...

- das Recht auf Asyl und die Menschenrechte
- sichere Fluchtwege und eine staatlich finanzierte Seenotrettung
- das Recht auf Familiennachzug
- eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für alle Geflüchteten
- ein Bleiberecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben

MITGLIEDER

Beim Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. als Netzwerk von Aktiven im Bereich Flucht und Migration in Niedersachen sind Einzelpersonen, Initiativen und Vereine Mitglied und bilden die Basis unserer Handelns. Ende des Jahres 2024 freuen wir uns über **509 Vereinsmitglieder,** davon 24 Neumitglieder.

GREMIEN

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen arbeitet regelmäßig in verschiedenen Gremien. Dazu zählen:

- Niedersächsische Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen
- Landesarmutskonferenz
- Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe
- Niedersächsische Härtefallkommission
- Bündnis „Niedersachsen packt an“
- Niedersachsen-Ring
- Landespräventionsrat
- Beratungsnetzwerk gegen Rechts
- EUAA Consultative Forum

GESCHÄFTSFÜHRENDES GREMIUM

Wir sorgen für den organisatorischen, finanziellen und politischen Rahmen: Finanzen müssen gesichert, Projekte gemanaged und Kollge*innen eingestellt und eingearbeitet werden. Darüber hinaus verantworten wir die Öffentlichkeitsarbeit und vertreten den Verein gemeinsam mit dem Vorstand nach außen.



VEREINS- UND PROJEKTVERWALTUNG

Wir bearbeiten all die Dinge, die nicht zu sehen sind, u.a. Finanzbuchhaltung sowie Projektanträge Jahresabschluss sowie Projektcontrolling; Personal-, Spenden- und Mitglieder- sowie Projektverwaltung; Auswertungen, Übersichten und Dokumentationen. Organisieren, Nachhaken und immer ein offenes Ohr für verschiedenste Anfragen von Kolleg:innen.



AUFNAHME & INTEGRATION

AMBA+
Teilhabe | Schutz | Unterstützung
Aufnahmemanagement & Beratung für Asylsuchende in Niedersachsen

Das Netzwerkprojekt AMBA+ setzt sich ein für menschenwürdige Aufnahmebedingungen für Asylsuchende in Niedersachsen und wird vom Flüchtlingsrat Niedersachsen koordiniert.

Wir machen uns stark für die Rechte von besonders schutzbedürftigen Personen wie Frauen, Menschen mit Behinderung und Menschen aus der LGBTIQ Community im Asylverfahren.



PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

FAMILIENNACHZUG

Wir beraten
Geflüchtete und Organisationen.
Zudem vertreten wir die Belange der
Geflüchteten gegenüber den Botschaften
und Ausländerbehörden.

Als von PRO ASYL gefördetes Projekt
unterstützen wir die Advocacy-Arbeit
zum Thema Familiennachzug.



LANDESWEITE EINZELFALLBERATUNG

Unsere niedersachsenweite
Einzelfallberatung im Migrations- und
Asylrecht steht sowohl Geflüchteten
als auch Haupt- und Ehrenamtlichen
mehrsprachig mit Rat und Tat zur
Seite.



BERATUNG IN ABSCHIEBUNGSHAFT

Das Ziel unserer Beratung ist es, die Abschiebungsgefangenen im Abschiebegefängnis Langenhagen umfassend über ihre Rechte zu informieren und sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. Dabei stehen wir im engen Austausch mit den Angehörigen und vermitteln auf Wunsch bedarfsorientiert Kontakt zu Anwält*innen und anderen Beratungsstellen.



WIB.
Wege ins Bleiberecht.

WEGE INS BLEIBERECHT

Wir unterstützen Menschen ohne Aufenthaltstitel auf ihrem Weg zu einem sicheren Bleiberecht. Durch regelmäßigen Austausch mit lokalen Beratungsstellen und Ausländerbehörden in den Kooperationskommunen Stadt Hannover, Region Hannover, Stadt Göttingen und Landkreis Göttingen können wir auch in schwierigen Fällen oft Lösungen finden.



WIR. SCHAFFEN BERUFLICHE PERSPEKTIVEN

AZG Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete

ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT

“

Das landesweite Netzwerkprojekt "Arbeitsmarktzugang (AZG)", das vom Flüchtlingsrat koordiniert wird, unterstützt geflüchtete Menschen auf dem Weg in den Arbeitsmarkt.
Dabei arbeiten wir mit der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen gGmbH, der Handwerkskammer Hannover Projekt- und Servicegesellschaft mbH und kargah e.V. - Verein für interkulturelle Kommunikation, Migrations- und Flüchtlingsarbeit.

Ein besonderer Fokus liegt auf Empowerment geflüchteter Frauen durch Workshops in Unterkünften.

”



KNOW YOUR RIGHTS!

Wir informieren junge Geflüchtete, Fachkräfte der Jugendhilfe, Vormünder*innen und ehrenamtliche Unterstützenden über das Asylverfahren, das Aufenthaltsrecht und Bleibeperspektiven in Deutschland. Durch politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns für die Rechte und Belange von minderjährigen Geflüchteten z.B. hinsichtlich Unterbringung, Beschulung und Unterstützungsbedarf von Jugendhilfe ein.



ASYLVERFAHRENSBERATUNG

Das Ziel unserer Beratung ist es, Asylsuchende, die in den Messehallen in Hannover und in der Aufnahmeeinrichtung in Garbsen untergebracht sind, bestmöglich über ihre Rechte im Asylverfahren zu informieren, z.B. sie auf das Interview mit dem Bundesamt vorzubereiten und im Dublin-Verfahren zu unterstützen.



Neue Kolleginnen 2024



01. April 2024
Unsere neue Kollegin **Dörte Lüers** beginnt Ihre Arbeit im Projekt “Know your Rights!”.

15. Mai 2024
Unsere neue Kollegin **Friederike Vorwergk** verstärkt das Projekt.

01. Mai 2024
Unsere neue Kollegin **Daniela Steinert** beginnt ihre Arbeit im Projekt “Asylverfahrensberatung”.



JANUAR 2024

04. Januar 2024

Der – viel diskutierte und begrüßenswerte – **„Spurwechsel“,** d.h. der Wechsel aus dem Asylverfahren in eine Aufenthaltserlaubnis als Fachkraft ist nunmehr – wenn auch bedauerlicherweise lediglich in sehr eingeschränktem Umfang - möglich. Wir informieren über unsere Homepage und weitere Kanäle über die gesetzlichen Neuerungen.

05. Januar 2024

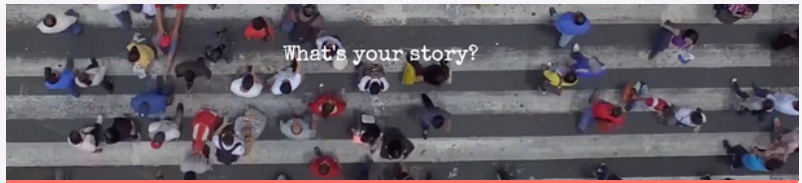
Der vom Bundeskanzler ausgerufenen **„Abschiebungsoffensive“** folgen politische Beschlüsse. Der bundesweite Abschiebungsstopp in den Iran wird nach zwei Jahren aufgehoben – obwohl die politischen Repressionen andauern und sich die Menschenrechtslage seit dem Beginn der Jin, Jiyan, Azadî – Proteste weiter verschlechter hat. Wir kritisieren dies als unverantwortlich!

16. Januar 2024

Die Standards zur **Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge** wurden sukzessive abgesenkt. Den kommunalen Spitzenverbänden reicht dies nicht. Sie verlangen, umF ab dem 16. Lebensjahr von der Jugendhilfe auszuschließen. Damit würden die Betroffenen - in einer (noch) völlig fremden Umgebung – sich selbst überlassen. Wir verbreiten den Appell des Mädchenhaus zwei13 e.V., „Auch geflüchtete Jugendliche brauchen Schutz“, um diesen zu verstärken.

11. Januar 2024

Gemeinsam mit Exil e.V. launchen wir unsere **Plattform „MenschenImExil.de“**. In Videos, Podcasts Texten und Interviews berichten Geflüchtete von den Herausforderungen auf ihrer Flucht, aber auch von Momenten des Mutes, Durchhaltevermögens und Erfolges. Weitere Beiträge befassen sich bspw. mit zivilgesellschaftlichen Kämpfen um die Rechte von Geflüchteten.



Geschichten von Flucht und Integration sind vielfältig, individuell – und sie sind es alle wert, erzählt zu werden.

16. Januar 2024

AfD-Politiker, Neonazis und rechte Unternehmer feilen bei einem Geheimtreffen in Potsdam an ihren Plänen zur „Remigration": Millionen Menschen – auch deutsche Staatsbürger - sollen vertrieben werden, wenn sie die vermeintlich falsche Hautfarbe oder Herkunft haben und nicht ausreichend „assimiliert“ sind. **Wir mobilisieren die Zivilgesellschaft** und demonstrieren mit ihr gegen die AfD und andere Rechtsextreme.

19.-27. Januar 2024

Sämtliche demokratische Parteien im Bundestag – von der Linken bis zur CDU/CSU – verurteilen das Geheimtreffen der Rechtsextremen in Potsdam. Doch Politiker*innen, die das Asylrecht sowie die Grund- und Menschenrechte von Geflüchteten angreifen, gibt es auch in manch einer der demokratischen Parteien – wie unser **Artikel „Verfassungsfeinde“** zeigt.

23. Januar 2024

Sind die „Kommunen am Limit“ – oder werden **„Geflüchtete zu Sündenböcken“**? Diese Frage diskutiert unser Geschäftsführer, Kai Weber, im Streitgespräch mit Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung.



19. Januar 2024

14 von 16 Bundesländern – darunter Niedersachsen – einigen sich auf einheitliche Standards für die sog. **Bezahlkarte**, mit der Geflüchteten unter anderem davor abgeschreckt werden sollen, in Deutschland Schutz zu suchen – unsere Meinung ist gefragt.

taz

Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrat Niedersachsen sagte dazu nun: „Von der rot-grünen Landesregierung erwarten wir, dass sie sich ein Beispiel an der Stadt Hannover nimmt und die Bezahlkarte in Niedersachsen diskriminierungsfrei gestaltet.“ Die Idee Geflüchtete abschrecken zu wollen, indem man sie schlechter behandele sei „menschlich schäbig und verfassungswidrig“.

25. Januar 2024

In der Veranstaltung zu kolonialen Kontinuitäten ordnen wir willkürliche Grenzziehungen und Ausbeutung des globalen Südens in die Debatten um Flucht und Migration ein.



01. Februar 2024

Das Niedersächsische Sozialministeriums verspricht, die **Istanbul-Konvention**, ein Übereinkommen gegen Gewalt an Frauen, konsequent umzusetzen. Wir mahnen das Ministerium, landesweit verbindliche Standards für die Unterbringung von Geflüchteten zu erlassen, um insbes. auch Frauen in kommunalen Sammelunterkünften endlich effektiv vor Gewalt zu schützen.

07. Februar 2024

Asylrecht verteidigen! Perspektiven einer offenen Gesellschaft

Die Referent:innen erörtern z.B., welche Faktoren dazu geführt haben, dass viele Kommunen einen – vermeintlichen – „Notstand" bei der Unterbringung von Asylsuchenden ausgerufen haben und wie ein intelligentes „matching" die Bedürfnisse der Schutzsuchenden mit den Interessen der Kommunen verbinden kann. Videos: Vortrag Prof. Dr. Schwan; Vortrag Prof. Dr. Schamann.

15. Februar 2024

Der **CDU-Bundesvorstand** schlägt in seinem Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm die faktische **Abschaffung des Asylrechts** in der EU vor: Alle Geflüchteten sollen in einen „sicheren Drittstaat" außerhalb der EU verbracht werden, wo sie ihr Asylverfahren durchlaufen und (auch) „im Falle eines positiven Ausgangs" verbleiben sollen. In einem **offenen Brief** appellieren wir an die Mitglieder der CDU, diesen Tabubruch zu verhindern und das Asylrecht zu verteidigen - denn zu den Lehren aus dem Nationalsozialismus gehört auch der Schutz von Verfolgten. Sie dürfen nie wieder vor verschlossenen Grenzen stehen. Wir initiieren den Aufruf "Für eine solidarische Gesellschaft - Asylrecht verteidigen", dem sich innerhalb kürzester Zeit 46 Organisationen anschließen.Unseren Protest gegen die Pläne der Unionsspitze drücken wir im Rahmen der CDU-Regionalkonferenz in Hannover auch mit einer lautstarken **Kundgebung** aus. Obwohl mehrere niedersächsische Bundes- und Landtagsabgeordnete der CDU in ihrer Antwort auf unser Anschreiben ankündigen, sich innerparteilich für den Erhalt des Asylrechts einsetzen zu wollen, findet auf der Regionalkonferenz niemand den Mut dazu. Großen Beifall erhalten hingegen Forderungen nach einer „stringenten Asylpolitik" und das Bekenntnis zu einer „deutschen Leitkultur."
Wir kämpfen weiter!


Neues CDU-Grundsatzprogramm

„Das ist ein Tabubruch"

taz

Der Entwurf für das neue CDU-Grundsatzprogramm stelle das Asylrecht infrage, sagt Kai Weber vom Flüchtlingsrat. Er hofft, dass die Parteibasis noch Änderungen durchsetzt.

19. Februar 2024



23. Februar 2024

NDR

Unser Kollege, Sigmar Walbrecht, erläutert für den NDR die Gründe für die vergleichsweise geringe Beschäftigungsquote von **Geflüchteten aus der Ukraine.** Die Deutschkenntnisse, aber auch die fehlende Anerkennung der ukrainischen Abschlüsse seien die Hauptgründe dafür, sagt Sigmar Walbrecht, der beim Niedersächsischen Flüchtlingsrat für den Bereich "Arbeitsmarktzugang" zuständig ist. Über 60 Prozent der 111.585 in Niedersachsen vom Ausländerzentralregister erfassten ukrainischen Staatsbürger sind weiblich, viele davon alleinstehend. "Diese Frauen haben oftmals Schwierigkeiten, Kinderbetreuung und Besuch eines Sprachkurses oder Arbeit zu vereinbaren, weil nicht selten Kinderbetreuung nicht organisiert werden kann, beziehungsweise entsprechende Angebote nicht ausreichend bestehen", so Walbrecht.

26. Februar 2024

Wir sind nun Mitglied im Bündnis „**AGG Reform Jetzt!**“

27. Februar 2024

In der „NDR Info – Redezeit“ diskutiert unsere Vorstandsvorsitzende, Claire Deery, mit Kazim Abaci, dem Sprecher für Migration, Integration und Flüchtlinge der Hamburger SPD-Bürgschaftsfraktion sowie dem Soziologen und Historiker, Prof. Dr. Jochen Oltmer, von der Uni Osnabrück und macht unsere **Kritik an der Bezahlkarte** deutlich.

Hauptsache Arbeit?



MÄRZ 2024

02. März 2024

Auf unserer Veranstaltung „Wir ist Plural“ mit dem Schauspiel Hannover ermutigen unsere hochkarätigen Gäst*innen das Publikum in postmigrantischer Vielstimmigkeit dazu, die **offene Migrationsgesellschaft** selbstbewusst gegen die stetig extremer werdenden rechtspopulistischen Angriffe zu verteidigen. Hier geht es zur Aufzeichnung der Veranstaltung.

04. März 2024

Die rassistischen Debatten um Abschiebungen halten an. Das **Rückführungsverbesserungsgesetz** oder auch "Hau-Ab-Gesetz-III“ ist in Kraft. Wir erhalten vermehrt Anfragen von Geflüchteten, die sich – obwohl sie teilweise bereits eine Aufenthaltserlaubnis haben - vor einer Abschiebung fürchten. Wir erstellen mehrsprachige Videos gegen die Angst und klären die betroffenen Personen über ihre Situation auf. Unsere Videos finden international Anklang und werden auch von der Presse verbreitet.



4. März 2024

Wir starten einen weiterer Durchgang unserer Online-Schulungsreihe „Arbeitsmarkt-zugänge und Bleibeperspektiven für Geflüchtete“ beginnt.

05. März 2024

Das BAMF setzt die Entscheidungen über die Asylanträge von **Palästinenser:innen aus dem Gaza-Streifen** aus – obwohl Gerichte diese Praxis bereits für rechtswidrig erklärt haben. Zusammen mit anderen Flüchtlingsräten kritisieren wir den Entscheidungs-stopp scharf. Der EPD berichtet.

Die Flüchtlingsräte mehrerer Bundesländer fordern von Deutschland Schutz für geflüchtete Menschen aus Palästina. Gleichzeitig kritisierten die Räte am Dienstag die Praxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), palästinensischen Geflüchteten einen sicheren Schutz in der Bundesrepublik vorzuenthalten. „Obwohl die durch Kriegsgewalt und Versorgungsnot gekennzeichnete Lage palästinensischer Schutzsuchender offensichtlich ist, verweigert das BAMF eine Schutzgewährung für die Opfer von Krieg und Vertreibung“, beklagte Caroline Mohrs vom Flüchtlingsrat Niedersachsen.

EVANGELISCHE ZEITUNG | Echtes Leben. Echte Nachrichten.

08. März 2024



10. März 2024

Die Politik debattiert – entfacht durch den Städtetag – wieder einmal eine **Arbeitspflicht für Asylsuchende**. Gemeinsam mit Pro Asyl und den Landesflüchtlingsräten widersprechen wir und finden Gehör:

Hilfsorganisationen und Migrationsforscher kritisieren die Debatte um eine Arbeitspflicht für Asylbewerber als irreführend. Die Politik suggeriere damit, das Problem seien die angeblich faulen Asylsuchenden, sagte Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen am Dienstag dem Evangelischen Pressedienst (epd).
Richtig sei hingegen, dass die Geflüchteten vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt würden. Auch Pro Asyl betonte, die Flüchtlinge wollten arbeiten, dürften aber nicht.

Sonntagsblatt
360° EVANGELISCH

18. März 2024

Zur Konferenz der Integrationsminister*innen veröffentlichen wir gemeinsam mit 258 weiteren Unterzeichner*innen einen offenen Brief mit Forderungen zum **Schutz von Geflüchteten und Migrant*innen mit Behinderung!**

23. März 2024

Gemeinsam mit **Gakondo e.V.** und der **Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.** informieren wir bei unserem Workshop über die lebensbedrohliche Situation der **Banyamulenge** in der Demokratischen Republik Kongo und diskutieren mit international anerkannten Expert*innen, unter anderem von der Uni Rotterdam sowie der NGO Genocide Watch, Ansätze für humanitäre Hilfe und Schutz.



26. März 2024

Veranstaltung **“Gegen jede Normalisierung – Aktuelle Entwicklungen am rechten Rand”** in Oldenburg: Andrea Röpke und Jan Krieger zeichnen den Rechtsruck in Deutschland auf unterschiedlichen Ebenen nach und zeigen auf, was die Zivilgesellschaft diesem entgegensetzen kann und muss.

30. März 2024

Erneut erschießt die Polizei in Niedersachsen eine geflüchtete Person in einer psychischen Krise. Da der 46-jährige **Lamin Touray** aus Gambia sich in einem psychischen Ausnahmezustand befindet, bittet seine Verlobte den Notruf um Hilfe. Als statt eines Krankenwagens mehrere Polizist*innen eintreffen, begibt sich Lamin aus Verzweiflung mit einem Messer in der Hand auf die Terrasse seiner Wohnung in Nienburg. Doch anstatt psychologische Fachkräfte hinzuzuziehen, setzt die Polizei 14 Beamt*innen ein und eskaliert dadurch die Situation. Ein **Video** [Triggerwarnung] zeigt, wie die Beamt:innen aus nächster Nähe auf Touray schießen: Acht Schüsse trafen ihn. Laut Obduktionsbericht waren zwei dieser Schüsse – einer in die Leber und einer ins Herz – tödlich.

Wir fordern Gerechtigkeit für Lamin Touray und eine lückenlose Aufklärung des tödlichen Polizeieinsatzes. Wir unterstützen die Familie und rufen zusammen mit weiteren Aktivist*innen das Bündnis **„Justice4Lamin“** ins Leben und tragen unsere Forderungen auch auf die Straße.

Knapp drei Wochen nach der Erschießung Lamin Tourays durch die Polizei enthüllen Recherchen der „taz“, dass der am Einsatz beteiligte Diensthundeführer auf Social Media extrem rechte Inhalte verbreitet hat. Wir machen deutlich: Der Verdacht, dass rassistische oder rechtsextreme Einstellungen das Verhalten der Polizist:innen und den Verlauf des Geschehens beeinflusst haben könnten, lässt sich spätestens jetzt nicht mehr pauschal von der Hand weisen – wie die Gewerkschaft der Polizei dies zuvor unter Bezugnahme aus unsere Pressemitteilung getan hatte.

Es berichten: taz NDR nd JOURNALISMUS VON LINKS MiGAZIN



05. April 2024

Aufgrund der Einführung eines Anspruchs auf anwaltliche Vertretung für Menschen in Abschiebungshaft führen wir gemeinsam mit dem Deutschen Anwaltverein eine **Fortbildung** durch.

Deutscher Anwaltverein
Arbeitsgemeinschaft Migrationsrecht

07. April 2024

Workshop zu Asylverfahren:

Viel Neues, viele Zusammenhänge

Annika Hesselmann vom Flüchtlingsrat Niedersachsen hat in Bruchhausen-Vilsen einen Workshop zum Thema Asylverfahren geleitet. Die Teilnehmer erfuhren viel Neues und viele Zusammenhänge.

WESER KURIER



21. April 2024

Die AfD hält ihren Landesparteitag in Unterlüß ab. Zusammen mit der Zivilgesellschaft stellen wir uns dagegen und **protestieren**.

NDR

Breites Bündnis ruft zu Protest auf

Zu den Protesten hatte beispielsweise der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) aufgerufen. Reden hielten unter anderem Caroline Mohrs vom Flüchtlingsrat Niedersachsen und Jens-Christian Wagner, Leiter der Gedenkstätte Buchenwald. In

24. April 2024

Das niedersächsische Innenministerium nimmt Abschiebungen in den Irak ohne Einschränkungen wieder auf. Auch **Êzîd*innen**, die den Genozid durch den IS überlebt haben, droht nun die Abschiebung in das kriegs- und krisengebeutete Land – obwohl der Bundestag die Verbrechen des sog. IS als Völkermord eingestuft hat und ein neues Gutachten zeigt, dass Êzîd*innen nicht in den Irak abgeschoben werden dürfen. „Kein Schutz für Genozidüberlebende“, lautet unsere scharfe Kritik, die die Presse aufgreift.

Überdies erstellen wir Informationen für irakische Staatsangehörige, in denen wir über die Rechtslage aufklären und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Thema bei der Innenministerkonferenz?

Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen bestätigt, dass es informelle Praxis einiger Länder ist, auch ohne einen formellen Abschiebungsstopp geflüchtete ÊzîdInnen nicht abzuschieben. Das bringe der Gruppe aber keine Sicherheit. Der niedersächsische Beschluss löse zusätzlich „massive Unsicherheit aus, macht krank und setzt die Betroffenen unter Druck“, so Weber.

01. Mai 2024

Am 1. Mai verlangen wir, „Gleiche soziale Rechte für Alle – statt diskriminierender Bezahlkarte für Geflüchtete“ und feiern den Tag der Arbeit mit einem Stand in Hannover.



08. Mai 2024

Die CDU beschließt – allen Protesten zum Trotz – in ihrem Grundsatzprogramm die faktische Abschaffung des Asylrechts in Europa. Wir werden dennoch nicht müde, zu zeigen und zu betonen, weshalb dies falsch ist.

10. Mai 2024

Gemeinsam mit der Caritas in Niedersachsen organisieren wir die **Fachtagung „Aufstehen gegen Rassismus – Rassismuskritische Perspektiven in der Migrationsarbeit“**, bei der sich 100 Mitarbeiter*innen von Beratungsstellen, Wohlfahrtsverbänden sowie Kommunen in Vorträgen informieren und sich in Workshops mit erfahrenen Trainer*innen weiterbilden.

14. Mai 2024

Nach mehr als einem viertel Jahrhundert wird in Niedersachsen ein **Kirchenasyl geräumt**: Die Polizei dringt gegen 23 Uhr in die Räume der Sankt Michaelis Gemeinde in Bienenbüttel ein, um einen russischen Kriegsdienstverweigerer und seine Familie im Dublin-Verfahren nach Spanien abzuschieben. „Es brauchte offenkundig eine rot-grüne Landesregierung, um dieses Tabu in zu brechen“, kommentiert unser Geschäftsführer Kai Weber.
Die Medien verbreiten unsere Kritik.

rnd

Flüchtlingsrat spricht von Tabubruch

Von Polizei aus Pfarrhaus geholt: Russische Familie trotz Kirchenasyl abgeschoben

15. Mai 2024

Wir verabschieden den „Appell der Zivilgesellschaft: **“Nein” zur diskriminierenden Bezahlkarte für Geflüchtete“**, dem sich in schnell mehr als 40 Organisationen anschließen.

16. Mai 2024

Wir veranstalten unseren landesweiten **Fachtag „Bleiberecht – Chancen-Aufenthaltsrecht und Bleibeperspektiven in Niedersachsen“** mit 120 Teilnehmenden bei dem Expert*innen aus Ministerien, Behörden, Unis und NGOs zu Wort kommen, Workshops durchführen und auf dem Podium miteinander diskutieren.

23. Mai 2024

Anlässlich des **75. Jahrestages des Grundgesetzes** geben Menschen aus Kunst, Kultur, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft auf Wunsch des Landes Niedersachsen ein Statement ab. Darunter unsere Kollegin Maryam Mohammadi: „In einer vielfältigen Gesellschaft, [...] ist ein friedliches Miteinander nur möglich, wenn alle Mitglieder gleiche Rechte genießen“.

23. Mai 2024

Zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und dem Deutschen Gewerkschaftsbund Niedersachsen erarbeiten wir ein Forderungspapier und appellieren an die Landesregierung, die **„Bezahlkarte“ in Niedersachsen diskriminierungsfrei** umzusetzen, wie dies derzeit in der Landeshauptstadt Hannover geschieht.

Der NDR greift unsere Forderungen auf.

Flüchtlingsrat warnt: Bezahlkarte kann Freiheit einschränken

29. Mai 2024

Die Landesregierung macht ihre Drohungen wahr und **schiebt in den Irak ab**. Wir beraten zwei der Betroffenen in unserer Abschiebungshaftberatung und stehen mit ihren Angehörigen und Anwält*innen in Kontakt. Wir unterstützen das Protestcamp und die Kundgebungen gegen Abschiebungen von Êzîd:innen in den Irak vor dem Abschiebegefängnis Langenhagen.



JUNI 2024



16. Juni 2024

Unsere Kollege aus der Geschäftsführung, Muzaffer Öztürkyilmaz, erklärt im Gespräch mit dem NDR, weshalb auch die **Abschiebung von Straftäter*innen keine Lösung** ist.

NDR

4. Juni 2024

Unsere **Kritik hat gewirkt**: Nachdem ein russischer Kriegsdienstverweigerer und seine Familie aus dem Kirchenasyl gezwungen und nach Spanien abgeschoben wurden, versichert Innenministerin Behrens nach einem Gespräch mit Landesbischof Meister und Vertreter*innen des BAMF, dass die Landesregierung „keine weiteren Überstellungen oder Abschiebungen aus dem Kirchenasyl vornehmen“ werde.“

4. Juni 2024

Die Angst stoppen: Keine Abschiebungen in den Folterstaat Iran, keine Abschiebungen von Genozid-Überlebenden in den Irak! Gemeinsam mit Pro Asyl, HÁWAR.help, Wohlfahrtsverbänden, der neuen Richtervereinigung, den Flüchtlingsräten und zahlreichen weiteren NGOs rufen wir die **Innenminister*innenkonfrenz** und den Bund in einem offenen Brief dazu auf, einen dauerhaften Abschiebestopps für den Iran und für alle Êzîd*innen aus dem Irak zu erlassen.

taz

Niedersachsen will Vorbild sein

Auf der Innenministerkonferenz wirbt Niedersachsens Innenministerin für einen bundesweiten Abschiebestopp von êzîdischen Frauen und Kindern.

5. Juni 2024

Wir verstärken die Stimme der Bewohner*innen der **Sammelunterkunft in Neu Tramm** im Landkreis Lüchow-Dannenberg, deren berechtigte Forderungen nach einer menschenwürdigen Unterbringung auch 50 Tage nach ihrem offenen Brief an die Verantwortlichen des Landratsamts und Arbeiter Samariter Bundes weitgehend unerfüllt sind.

18. Juni 2024

Zwar erlässt die Landesregierung – nach unserem Protest - einen **Abschiebungsstopp in den Irak**; dieser beschränkt sich jedoch auf weibliche und minderjährige Êzîd*innen, nicht jedoch auf volljährige, männliche Êzîd*innen. Zudem läuft er bereits Anfang September aus und kann lediglich einmal um weitere drei Monate verlängert werden. Auf Nachfrage der stellen wir klar, dass es eine bundesweite Regelung braucht. Dies sieht auch Innenministerin Behrens so.

20. Juni 2024

Ausgerechnet am **Weltflüchtlingstag** beschließt die Konferenz der Ministerpräsident*innen – auf Vorschlag Niedersachsens und Hessens – die Bezahlkarte restriktiv auszugestalten und die Bargeldauszahlung an Schutzsuchende auf höchstens 50 € pro Monat zu begrenzen. Wir legen die Demütigung und Ausgrenzung offen, die damit einhergeht. Die Presse greift unsere Bewertung auf.

taz

Bezahlkarte für Geflüchtete

Alles eine Frage der Obergrenze

Bremen schert aus dem Kurs der Länder bei der Bezahlkarte aus und will bis zu 120 Euro Barauszahlung zulassen. Niedersachsen streitet



24. Juni 2024

Unsere **Kooperation mit der Region Hannover** im Rahmen unseres Projekts „Wege ins Bleiberecht 2“ beginnt. Gemeinsam möchten wir Menschen in Duldung zu einem dauerhaften Aufenthaltsrecht verhelfen. Der NDR berichtet.

NDR

Region Hannover will geduldeten Menschen zu Bleiberecht verhelfen

27. Juni 2024

Zusammen mit dem Kino im Sprengel zeigen wir den Film „Der Sohn des Mullahs“. Der Film porträtiert den Journalisten Roholla Zam, der Geldwäsche durch das Mullah-Regimes aufdeckte, in den Iran entführt und nach einem Schauprozess hingerichtet wurde. Eine Aktivistin von **Hanover for Iran** beleuchtet anschließend die aktuelle Lage im Iran.

JULI 2024

01. Juli 2024

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge **(BAMF) verweigert dem türkischen Staatsbürger B. Asyl**, obwohl dieser seine Verfolgung belegen kann und ihm bei seiner Rückkehr in die Türkei die Inhaftierung droht. Unser Schatzmeister Dündar Kelloglu, der den Geflüchteten vertritt, bewertet das Verfahren gegenüber der Presse als skandalös.

08. Juli 2024

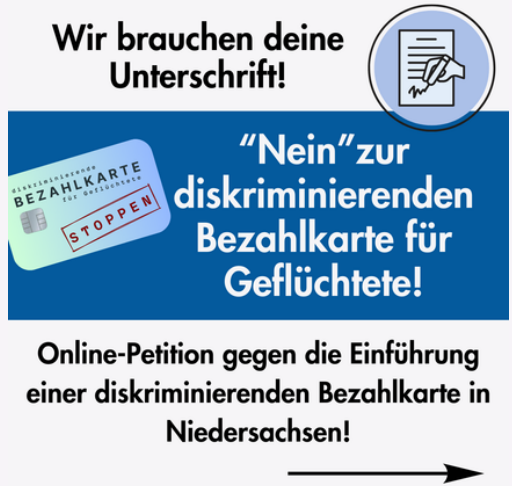
Die **„Rückführungsoffensive“** der Bundesregierung wird gegen jede Vernunft durchgesetzt. Der Geflüchtete F. arbeitet seit vielen Jahren und finanziert seinen Lebensunterhalt selbst . Nachdem F. – wie von ihm verlangt – einen Pass vorlegt, nimmt die Stadt Hannover ihn in Abschiebungshaft und verfrachtet ihn in die Elfenbeinküste – denn mit der Vorlage des Passes sei der Duldungsgrund erloschen. Wir machen den Vorgang öffentlich – die „taz“ titelt, Kooperation führt zu Abschiebung.

08. Juli 2024

Die Ampel-Koalition plant, die Finanzierung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan drastisch zu reduzieren. Zusammen mit dem breiten zivilgesellschaftlichem Bündnis **„Don´t forget Afghanistan“** lassen wir uns nicht mir leeren Versprechungen abspeisen und protestieren gegen die Missachtung der Verpflichtung zum Schutz gefährdeter Afghan*innen.

08. Juli 2024

Wir bringen unsere **„Bezahlkarte“** zum Bestellen für die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort an den Start und starten unsere Onlinepetition **„Niedersachsen sagt “Nein” zur diskriminierenden Bezahlkarte für Geflüchtete“**



08. Juli 2024

Wir verbreiten die Ausarbeitung von Christiane Maurer, die den jüngsten Lagebericht des Auswärtigen Amts zum Irak und den aktuellen BAMF Länderreport unter besonderer Berücksichtigung der **Lage der Êzîd*innen im Irak** inhaltlich zusammenfasst und kommentiert. Dabei wird vor allem eines deutlich: Nirgends im Irak können Êzîd*innen in Sicherheit und Würde leben.

17. Juli 2024

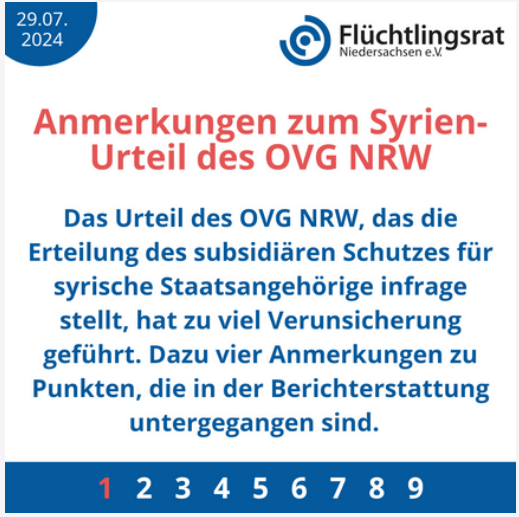
Die Umsetzung des **„Gemeinsamen Europäischen Asylsystems" (GEAS)** schreitet weiter voran. Zusammen mit den Landesflüchtlingsräten und 26 weiteren Organisationen, Fachdiensten und Rechtsexpert*innen wenden wir uns mit einem Prioritätenpapier zur Umsetzung des GEAS an die Bundes- und Landesregierungen. Darin fordern wir unter anderem eine menschenwürdige Aufnahme, ein starkes Menschenrechts-Monitoring, Schutz für Vulnerable und faire Asylverfahren.

Juli 2024

Menschen, die in der Ukraine leben, aber keinen ukrainischen Pass besitzen, können nur noch dann ohne Visum in die EU einreisen und sich auf den vorübergehenden Schutz berufen, wenn sie zum Kriegsbeginn einen Schutzstatus oder unbefristeten Aufenthaltstitelhatten. Aufgrund dieser und weiterer Rechtsänderungen aktualisieren wir unsere **Informationen für Geflüchtete aus der Ukraine**.

29. Juli 2024

Das **Oberverwaltungsgericht NRW** verweht einem straffälligen **Syrer** sowohl die Anerkennung als Flüchtling als auch den subsidiären Schutzstatus und gesteht ihm lediglich ein **Abschiebungsverbot** zu. Obwohl das Urteil auf einem sehr speziellen Sachverhalt beruht, führt es zu Verunsicherung. Mit unseren Anmerkungen zum Urteil informieren und beruhigen wir syrische Ratsuchende, Beratungsstellen und Unterstützer*innen.



40 Jahre

FLÜCHTLINGSRAT NIEDERSACHSEN



18. August 2024

Auf unserer **Mitgliederversammlung** schenken unsere Mitglieder unserem ehrenamtlichen Vorstand abermals das Vertrauen. Sie bestätigten Claire Deery als Vorsitzende, Dündar Kelloglu als Schatzmeister und Norbert Grehl-Schmitt sowie Anke Egblomassé als Beisitzende des Vorstands. Die Psychologin Melanie Weyerstall wird als Schriftführerin neu in den Vorstand gewählt.

Im Anschluss an unsere Mitgliederversammlung feiern wir auf dem „Fest der Vielfalt" der Initiative für Internationalen Kulturaustausch (IIK) in Hannover unseren **40. Geburtstag**. Zwischen den Ständen der über 40 teilnehmenden Organisationen herrscht reges Treiben. Auf der Freilichtbühne bieten internationale Künstlerinnen bis in den Abend hinein ein abwechslungsreiches Programm aus Musik und Kunst. Auch für kulinarischen Spezialitäten aus aller Welt ist gesorgt.



Für eine Stunde gestalten wir das Bühnenprogramm. Moderiert von unserer Vorsitzenden, Claire Deery, lassen wir 40 Jahre Flüchtlingsrat Revue passieren. Aram Ali von „ResQShip" empört sich darüber, dass die Seenotrettung kriminalisiert und behindert wird. Sven Quittkat wirbt für Solidarität mit Menschen im Kirchenasyl. Unsere Kolleginnen Maryam Mohammadi und Zahra Lessan erzählen von ihren Empowerment-Workshops für geflüchtete Frauen.

14. September 2024



Anlässlich unseres **40 – jährigen Jubiläums** laden wir zu einem **Empfang**, an dem 120 Gäst*innen teilnehmen. Nach der Eröffnung durch unsere Vorsitzende, Claire Deery, hält Tareq Alaows (Pro Asyl) einen Impulsvortrag. Ministerpräsident Stephan Weil, die Landtagsabgeordneten Deniz Kurku (SPD), Djenabou Diallo Hartmann (Bündis 90/Die Grünen), Veronika Bode (CDU) sowie Anwar Hadeed (AMFN e.V.) sprechen ein Grußwort.



Im Rahmen der Feierlichkeiten verleihen wir auch den **Dr. Matthias-Lange-Fluchthilfepreis**. Er geht in diesem Jahr an das **Oekumenische Netzwerk Asyl in der Kirche Niedersachsen und Bremen**. Die langjährige Vorsitzende Netzwerks, Hildegard Grosse, und der Sprecher, Pastor Sven Quittkat, nehmen den Preis entgegen. Die Laudatio hält Dietlind Jochims von der Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche. Anna Sonyk begleitet den Tag musikalisch.

Zugleich feiert unser **Imagefilm „40 Jahre Flüchtlingsrat Niedersachsen“** – mit Beiträgen von Sozialminister Dr. Andreas Philippi, Gründungsmitgliedern, Partner*innen, (einstigen) Klient*innen, Geflüchteten sowie unserem Vorstand & Kollegium – Premiere. Hier gibt es die **Lang- und hier die Kurzversion.**



Wir berichten zur Veranstaltung. Der Empfang stößt auf großes **mediales Interesse**. Das Nachrichtenmagazin „Hallo Niedersachsen“ macht einen Fernsehbericht und interviewt unsere Vorsitzende.
Medien greifen dies auf.

noz
Migrationspolitik
Weil lehnt Zurückweisungen an der Grenze weiter ab

AUGUST 2024

03. August 2024

Der Völkermord des sog. IS an den **Êzîd*innen im Nordirak** jährt sich zum zehnten Mal. Wir nehmen den Jahrestags des Genozids zum Anlass und appellieren erneut an die Landesregierung, die Abschiebungen ausnahmslos aller Êzîd*innen, d.h. auch volljähriger Männer, auszusetzen. Überdies drücken wir unsere Solidarität in Redebeiträge auf Gedenkveranstaltungen in Oldenburg, Hannover und Berlin aus.





09. August 2024

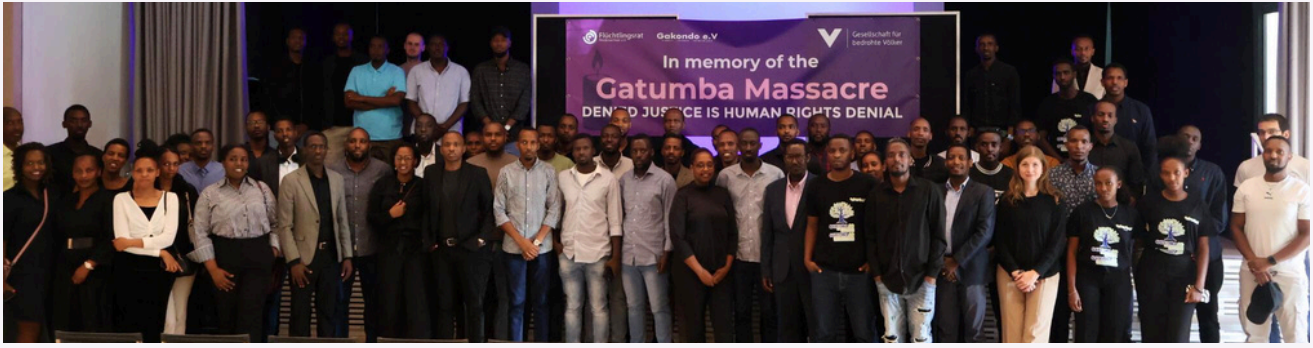
Wir veröffentlichen die dritte und überarbeitete Auflage unserer Broschüre zum **Kirchenasyl**.

15. August 2024

Vor drei Jahren ergriffen die Taliban die Macht in **Afghanistan**. Gemeinsam mit Pro Asyl und den übrigen Flüchtlingsräten fordern wir die Bundesregierung auf, ihr Schutzversprechen zu erfüllen und das Bundesaufnahmeprogramm endlich effektiv umzusetzen sowie einen bundesweiten Abschiebungsstopp zu erlassen. Von der Landesregierung verlangen wir, ihr Koalitionsversprechen einzulösen und ein Landesaufnahmeprogramm für Menschenrechtsverteidiger*innen aufzulegen.

13. August 2024

Zum Gedenktag an das Gatumba-Massaker, bei dem in einem Flüchtlingslager der UN größtenteils Angehörige der **Banyamulenge**, die aus der Demokratischen Republik Kongo (DRC) in das Nachbarland geflohen waren, Opfer ethnisch motivierter Gewalt wurden, drücken wir unsere Solidarität bei der Gedenkveranstaltung des Gakondo e.V. aus und unterstützen die Forderung nach Schutz für Banyamulenge in DRC und Anerkennung des Flüchtlingsstatus in Deutschland.



30. August 2024

Die Ampel - Regierung macht die Taliban salonfähig: Ausgerechnet am Gedenktag für Opfer von Abschiebungen und Abschiebungshaft **schiebt die Bundesregierung erstmals seit der Machtergreifung der Taliban wieder nach Afghanistan** ab. Zusammen mit den übrigen Flüchtlingsräten verurteilen wir dies scharf - denn keine Straftat rechtfertigt Abschiebungen in Folter und unmenschliche Behandlung.

30. August 2024

Auch wenn Debatten um Abschiebungen aggressiver werden, schweigen wir nicht. Am **Gedenktag für die Opfer von Abschiebungen und Abschiebehaft** rufen wir zusammen mit dem Netzwerk gegen Abschiebung Hannover und weiteren Organisationen zu einer Demonstration am Flughafen sowie am Abschiebungsgefängnis in Langenhagen auf und fordern, Solidarität mit Schutz suchenden Menschen statt Abschiebungen um jeden Preis! Die „taz“ bewirbt die Demo.

SEPTEMBER 2024

5. September 2024

Niedersachsens Innenministerin, Daniela Behrens, lobt vor dem Migrationsgipfel des Bundes und der Länder den „parteiübergreifenden Dialog über das Eindämmen irregulärer Migration“ mit der CDU-Spitze – obwohl die Union mit der „**Zurückweisung an den Binnengrenzen**“ etwas fordert, was der EuGH mehrfach, zuletzt 2023, für rechtswidrig erklärt hat. Unsere Kritik, die wir in einem offenen Brief äußern, wird von der Presse abgedruckt.

7. September 2024

In der Diskussionen um **Abschiebungen** wird weiter gehetzt. Unser Geschäftsführer, Kai Weber, beschreibt die Situation im Interview mit dem NRD als „gespenstisch“.

10. September 2024

Da das Gemeinwesen mit der Aufnahme von Geflüchteten überfordert sei, fordern - erstmals in der Geschichte der BRD - demokratische Parteien in Form der Union und FDP einen **„nationalen Notstand“** auszurufen und damit die Gesetze und Rechtsprechung zum Asylrecht außer Kraft zu setzen. Unser Artikel „Verirrungen und Verwirrungen“ widerlegt die behauptete Überforderung anhand offizieller Zahlen und resümiert: Nicht das Asylgeschehen ist außer Kontrolle geraten, sondern die Debatte darüber, weil besonnene und mäßigende Stimmen fehlen.

12./13. September 2024

Unsere **WIR-Fachtagung mit dem Titel „Auf die Plätze – Chancen – los?“** ist (wieder einmal) komplett ausgebucht. Zwei Tage lang lassen sich 50 WIR- Projektmitarbeiter*innen aus ganz Deutschland hinsichtlich des sog. Spurwechsels und des Chancen-Aufenthaltsrechts von Expert*innen auf den neuesten Stand bringen. Im regen Fachaustausch identifizieren wir Probleme bei der Umsetzung und Hürden im Arbeitsmarktzugang und erarbeiten Lösungsansätze.

13. September 2024

Gemeinsam mit der Stiftung Leben und Umwelt launchen wir unsere **Themenseite Flucht und Asyl in Niedersachsen**. Die Themenseite will Mut machen zur Einmischung – für eine Migrationspolitik im Einklang mit den Menschenrechten.

20. September 2024

Am **Weltkindertag** erinnern wir die Bundesregierung zusammen mit 32 anderen Organisationen daran, ihren Koalitionsvertrag umzusetzen und die Hürden beim Familiennachzug abzubauen. Noch immer dauern die Visaverfahren viel zu lange. Noch immer ist der Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten nur eingeschränkt möglich. Und noch immer müssen Eltern beim Nachzug zu ihrem minderjährigen Kind ihre anderen minderjährigen Kinder zurücklassen. Die HAZ berichtet.

27. September 2024

Sechs Monate nach der Erschießung **Lamin Tourays** durch die Polizei, stellt die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen ein. Die drei Beamten, die die Schüsse abgaben, hätten „die Schusswaffen als letztes Mittel eingesetzt", um „eine gegenwärtige Lebensgefahr" abzuwenden und somit in Notwehr gehandelt. Wir fordern eine gerichtliche Aufklärung der Umstände, die zu Lamins Tod führten und unterstützen seine Hinter-bliebenen. Die Presse nimmt unsere Forderungen und Fragen auf.



30. September 2024



Bei unserer Kundgebung von dem Landtag übergeben wir Innenministerin Behrens unsere Onlinepetition **„Nein zur diskriminierenden Bezahlkarte in Niedersachsen",** die (bislang) von mehr als 2.600 Personen unterschrieben wurde. Gemeinsam mit der bundesweiten Beratungsstelle Pena.ger, der Seebrücke BS, dem Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte (UfU) und der RLC Hannover machen wir unmissverständlich klar: Diese institutionalisierte Diskriminierung nehmen wir nicht hin.



OKTOBER 2024

09. Oktober 2024

Wir machen die menschenunwürdigen Lebensbedingungen – keinerlei Privatsphäre, (monatelange) Unterbringung von Vulnerablen, keine Beschulung von Kindern - in den landeseigenen **Notunterkünften „Messehalle“ und „Bauhof Garbsen“** öffentlich und fordern die Schließung. Unsere Pressemitteilung wird oft rezipiert.

nd DER TAG

Süddeutsche Zeitung

HAZ

10. Oktober 2024

Als Teil des globalen Bündnisses **„Family for Every Child“**, nehmen unsere Kolleginnen aus dem Projekt „Know your Rights“ in Griechenland an einem internationalen Austauschtreffen teil. Dabei tauschen sich die teilnehmenden NGOs aus Bulgarien, Italien, England und Griechenland über die Unterstützung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter aus und lernen voneinander.

15. Oktober 2024

Wir sind Mitglied im **konsultativen Forum der „European Union Agency for Asylum“** zu deutsch, der Europäischen Asylagentur.



18. Oktober 2024

Der EuGH urteilt, dass die systematische Unterdrückung von Frauen durch das Taliban-Regime als individuelle Verfolgung einzustufen ist. Deshalb seien Frauen und Mädchen aus Afghanistan allein aufgrund ihres Geschlechts als Flüchtlinge anzuerkennen. Wir erläutern das Urteil und raten **Afghaninnen** dazu auf, Asylfolgeanträge zu stellen.

18. Oktober 2024

Die Ampel-Koalition will mit dem sog. **Sicherheitspaket** Geflüchteten im Dublin-Verfahren die Sozialleistungen vollständig streichen und sie dadurch aus Deutschland vertreiben. Damit wird ihr verfassungsrechtlicher Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verletzt. Deshalb fordern wir den Bundestag mit Pro Asyl und den Landesflüchtlingsräten auf, das Sicherheitspakte abzulehnen.

22. Oktober 2024

Auf Einladung der Seebrücke Oldenburg diskutieren wir mit Hassan Amiri (Menschenrechtsaktivist), Anja Kramer (Martin Luther-Kirche Oldenburg) und Soniya Alkis (Pena.ger) das Thema **“Asyl in Zeiten des Rechtsrucks”** und Perspektiven für die praktische Unterstützung Geflüchteter.



26. Oktober 2024

Wir organisieren ein (weiteres) hybrides, **landesweiten Inititiativentreffen**. Dabei befassen wir uns mit dem gegenwärtigen Stand zur Einführung einer „Bezahlkarte“ in Niedersachsen und etwaigen Umtauschaktionen. Auch zu anderen Aspekten der aktuellen Angriffe auf Geflüchtete - wie die Forcierung von Abschiebungen - tauschen wir uns aus.

28. Oktober 2024

Nachdem der Hannoveraner **Jamshid Sharmahd** 2020 aus Dubai in den Iran entführt und dort inhaftiert, gefoltert und im Februar 2023 in einem Schauprozess zum Tode verurteilt wurde, richtete das Mullah-Regime ihn hin. Währenddessen florieren die Geschäfte zwischen der BRD und der iranischen Diktatur. Auf Nachfrage der Presse kritisieren wir die Bundesregierung scharf: Entweder hat sie nichts unternommen, um Sharmahd frei zu kriegen oder ihre Strategie ist nicht aufgegangen.

DER SPIEGEL NDR

31. Oktober 2024

Entgegen der Empfehlungen von Sachverständigen und des Widerstands der Zivilgesellschaft, beschließt der Bundestag das sog. **Sicherheitspaket**. Geflüchtete im Dublin-Verfahren sollen ausgehungert und vertrieben werden. Während die Höhe der Leistungen nach dem SGB im Jahr 2025 zumindest gleich bleiben soll, werden die Regelsätze nach dem AsylbIG vom SPD geführten BMAS um 13 bzw. 19 € reduziert. Wir raten Geflüchteten im Dublin-Verfahren zuklagen!

04. November 2024

Symbolpolitik auf dem Rücken von Schutzsuchenden: Die Landesregierung beschränkt das Abheben von Bargeld mit der diskriminierenden **„Bezahlkarte“** pro Person auf monatlich 50 €. Damit demonstriert die Politik, dass sie „etwas gegen Flüchtlinge tut“, um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Die „Bezahlkarte“ stellt dabei nur einen weiteren Baustein der von Bund und Ländern verfolgten Abschreckungs- und Ausgrenzungspolitik dar. Die Presse bezieht unsere Perspektive ein.

Süddeutsche Zeitung

t-online.

NDR

07. November 2024

Wir wirken an der Kampagne des Landes **„Niedersachsen gegen Antisemitismus“** mit.

06. November 2024

Zusammen mit der LAG Soziale Stadtentwicklung veranstalten wir das Seminar **„Deine Chance auf ein eigenes Projekt. Gestalte aktiv deine Nachbarschaft.“** Dabei informieren wir Geflüchtete sowie Multiplikator*innen über die Modellförderung “Gute Nachbarschaft – Gemeinseinwesenarbeit und Quartiersmanagement“ und tauschen uns mit ihnen über Anträge für entsprechende Projekte aus.



12. November 2024

In unserer Veranstaltung **„Rassismus erkennen und vermeiden – Sensibilisierung in unterstützenden Strukturen“** erklärt Modou Diedhiou (Schwarze Schafe e.V.) den Teilnehmer*innen wie rassistische Denk- und Verhaltensmuster in der Arbeit mit Geflüchteten erkannt und vermieden werden können.

November 2024

Wir unterstützen die Forderung von von **Connection e.V.** nach Anerkennung russischer Kriegsdienstverweigerer im Asylverfahren, die Ihrer Pflicht zu Verweigerung des Angriffskriegs in der Ukraine nachgekommen sind. Die **#ObjectWarCampaign** aus europaweit mehr als 120 Organisationen setzt sich für den Schutz für Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine ein.

15. November 2024

Was es bedeutet, wenn Olaf Scholz von "Abschiebungen im großen Stil" spricht: In Wilstedt in Niedersachsen sollen **10 Mitarbeiter*innen eines Pflegeheims nach Kolumbien abgeschoben** werden. Gemeinsam mit Pro Asyl und der kolumbianischen Initiative “Derecho al asilo en Alemania” unterstützen wir die Betroffenen durch Beratung, Vermittlung von Anwält*innen, Bewerbung der Petition und Öffentlichkeitsarbeit. Die Abschiebung wird erstmal verhindert und es werden Lösungen über Härtefalleingaben und Ausbildungsduldungen gefunden.

12. November 2024

Eltern erhalten bei der deutschen Botschaft keine vorgezogenen Sondertermine mehr, um Visa zur **Familienzusammenführung** zu beantragen. Ein Elternnachzug ist jedoch ausgeschlossen, sobald subsidiär Schutzberechtigte volljährig werden. Unsere Ansicht: Das Recht auf Elternnachzug darf auch bei subsidiär Schutzberechtigten nicht mit eintretender Volljährigkeit enden.



08. Dezember 2024

Die Assad-Diktatur wird nach mehr als einem halben Jahrhundert und 14 Jahren Bürgerkrieg gestürzt. Weltweit feiert die Diaspora diesen historischen Tag. Keine 24 Stunden später fordern rechte Stimmen Abschiebungen und „freiwillige“ Ausreisen nach **Syrien**. Wir kritisieren die Debatte öffentlich, denn die Lage in Syrien ist nicht befrieden, wie wir gegenüber dem NDR erklären.

09. Dezember 2024

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (**GEAS**) hat schwerwiegende Konsequenzen für **Kolumbianer*innen**, die in Deutschland und der EU Schutz suchen. In der Podiumsdiskussion im Haus am Dom in Frankfurt mit Indira Murillo (Instituto CAPAZ), Dr. Fernando Ortega (Initiative Recht auf Asyl) und Moderatorin Dr. Pilar Mendoza beleuchten wir die Reform und ihre weitreichenden Folgen. Mit Simultanübersetzung Spanisch-Deutsch und Livestream erreichen wir insgesamt fast 400 Zuschauer*innen.



13. Dezember 2024

Nach dem Sturz der Assad-Regimes setzt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Entscheidungen über **Asylanträge von Syrer*innen** aus. Dies und andere Gerüchte führen zu viel Verunsicherung in der Community. Wir beantworten Fragen zum Aufenthalt in Deutschland, zum Asylverfahren, Widerruf des Schutzstatus und Reisen sowie Abschiebungen nach Syrien.

13. Dezember 2024

Die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen gibt die ersten **diskriminierenden „Bezahlkarten“** aus – obwohl diese Schutzsuchende stigmatisiert und zu mehr Aufwand in der Sozialverwaltung führt – wie wir wiederholt darlegen. Die Presse greift unsere Kritik breit auf.

t-online.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

NDR taz

18. Dezember 2024

Auch die Kommission für Migration und Teilhabe des lehnt die Einführung einer **diskriminierenden Bezahlkarte** – aus unsere Initiative - ab. Sie fordert die Landesregierung auf, die Vorbereitungen zu ihrer Einführung sofort zu stoppen und stattdessen die Einführung einer Gesundheitskarte sowie eines Landes-antidiskriminierungsgesetzes auf die politische Tagesordnung zu setzen.

HAZ

20. Dezember 2024

In Region Hannover warten geflüchtete Jugendliche trotz **Schulpflicht** oft Monate auf einen Schulplatz – wir beziehen gegenüber der HAZ kritisch Stellung und erörtern die Problematik anschließend auf unserer Hompage in ihrer Gesamtheit.

HAZ

21. Dezember 2024

Mit dem Afrikanische Diaspora Ostfriesland e.V., dem Offenen Antifaschistischen Treffen Nordwest und Omas gegen Rechts Leer fordern wir: Kein Mensch ist illegal, Solidarität statt Ausgrenzung. Wir sprechen uns gegen eine rechtlich fragwürdige und nur dort durchgeführte Praxis im **Landkreis Leer** aus, bei der Geflüchtete zusätzlich zu den Voraussetzungen für ein Bleiberecht mit einem Wissenstest mit hochkomplexen demokratietheoretischen Fragen konfrontiert werden. Außerdem unterstützen wir Betroffene, die deswegen abgelehnt werden, obwohl sie die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen.



ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

2024 wurden durch unser Team...

- mehr als **4.155 geflüchtete Menschen** und mehr als **1.300 haupt- und ehrenamtliche Unterstützer:innen** beraten.

- insgesamt mehr als **7.000 Beratungsgespräche** geführt.

- **21 Weiterbildungen für geflüchtete Menschen** sowie **35 Weiterbildungen für haupt- und ehrenamtliche Unterstützer:innen** durchgeführt.

- **21 Rechtshilfeanträge** gestellt, sodass diese Verfahren finanziell durch den Rechtshilfefonds von Pro Asyl unterstützt werden konnten.

2024 haben wir...

- über 2.132 Abonnent:innen unseres E-Mail Verteilers **"Fluchtliste"** erreicht.
- 429.762 Zugriffe auf unsere **homepage** verzeichnet.
- auf **social media** (Instagram, facebook, bluesky) unsere Reichweite vergrößert:

- **4.702** followers
- über **60.000** accounts erreicht

- **6.260** followers
- über **40.000** accounts erreicht

- **550** followers

Das Projekt "Mein Weg in Deutschland"

Rihana lebt seit drei Jahren mit ihrem Mann und ihren Kindern in einer Gemeinschaftsunterkunft in Hannover. Ihr Alltag besteht aus der Betreuung der Familie, der Organisation von Terminen, dem Einkaufen und vielem mehr. Trotz aller Herausforderungen hat sie Deutsch bis zum Niveau B1 gelernt und ist entschlossen, eine Arbeit zu finden.

Rihana hatte auf ihrem Weg nach Deutschland bereits zahlreiche Hindernisse überwunden. Die Sprachbarriere, die bürokratischen Hürden und die Sorge um ihre Familie in der Heimat hatten sie oft verzweifeln lassen. Doch sie gab nicht auf.

Als sie den Workshopraum betrat, spürte sie sofort eine herzliche Atmosphäre. Hier waren Frauen versammelt, die ähnliche Erfahrungen wie sie gemacht hatten. Die Workshopleiterinnen begrüßten sie und begannen, über Bildungsmöglichkeiten und den deutschen Arbeitsmarkt zu sprechen. Rihana fühlte sich verstanden und unterstützt.

Während des Workshops begann Rihana, ihre eigenen Stärken und Fähigkeiten neu zu entdecken. Sie erzählte den anderen Frauen von ihrer Erfahrung als Café-Besitzerin. Plötzlich wurde ihr klar, dass diese Erfahrung wertvoll war und sie weiterbringen konnte. Mit Hilfe der Übungen zur Stärkung des Selbstbewusstseins setzte sie sich das Ziel, eine Ausbildung als Köchin zu absolvieren und später ihr eigenes Café zu eröffnen.

Rihana war nicht allein auf diesem Weg. Die anderen Frauen im Workshop teilten ähnliche Geschichten und unterstützten sich gegenseitig. Sie ermutigten sich, ihre Träume zu verfolgen und ließen sich nicht von den Herausforderungen entmutigen.

Mit neuem Selbstbewusstsein und gestärktem Mut verließ Rihana den Workshop. Sie weiß, dass der Weg zur Realisierung ihrem Traum noch lang ist, aber sie ist bereit, die Herausforderungen anzunehmen. Durch diese Workshops fühlte sie sich unterstützt und gestärkt auf ihrem Weg in eine neue Zukunft.

Die Geschichte von Rihana ist nur eine von vielen, die im Rahmen des Projekts **"Mein Weg in Deutschland"** geschrieben wurden. Es ist eine Geschichte der Stärke, der Hoffnung und der Integration.

FEEDBACK

Ich konnte im Iran die Schule nicht abschließen, da Afghanen diskriminiert wurden und mir der Schulabschluss verwehrt wurde. Seit zwei Jahren bin ich nun in Deutschland. Ich war mir unsicher, ob ich überhaupt eine Berufsausbildung machen kann. Durch Ihr Projekt habe ich erfahren, dass ich nicht nur meinen Schulabschluss nachholen kann, sondern vielleicht sogar die Möglichkeit habe, zu studieren.

Eine Teilnehmerin der Workshopreihe
“Mein Weg in Deutschland”

*Ich bin Ihren Kolleg*innen sehr dankbar, die mit Ihrem Fachwissen bei schweren Fällen immer an der Seite stehen. Mit Ihrer Unterstützung insbesondere bei Familiennachzügen mit der Unterstützung von Herrn Alwasiti gibt es viele Erfolgsgeschichten…*

Eine Mitarbeiterin aus der Migrationsberatung

Guten Abend Frau Mohrs ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Unterstützung in meinem Aufenthaltstitel, das ist eine sehr gute Nachricht. Ich bin echt froh.
Party, party, party!

Ein Klient im Projekt “Wege ins Bleiberecht”

Wir gratulieren zum Jubiläum von

Maryam Mohammadi (5 Jahre)
Annika Hesselmann (5 Jahre)
Torben Linde (5 Jahre)
Tatjana Tempel (5 Jahre)

Danke für Euren unschätzbar wertvollen Einsatz, wir hoffen noch lange mit Euch arbeiten zu dürfen!

Wir bedanken uns herzlich bei

- unserem langjährigen Mitglied Karin Schwärmer, die uns immer mit selbstgebackenen Keksen versorgt,
- unserer Praktikantin Kristina Veers für die kompetente und tatkräftige Unterstützung,
- Simone Borcherding für die wertvolle ehrenamtliche Unterstützung beim Telefondienst und organisatorischen Aufgaben.



Wir trauern um Gustav Störzer

* 17. Dezember 1932
✝ 28. Oktober 2024

Gustav Störzer gehörte als Mitglied beim Flüchtlingsrat und bei amnesty international Hannover zu den Aktiven aus der Unterstützerszene, die Geflüchteten praktisch und tatkräftig zur Seite standen, ohne viele Worte darum zu machen. Wir gedenken seiner in dankbarer Erinnerung an sein selbstloses Eintreten für die Menschenwürde und die Menschenrechte von Geflüchteten in Niedersachsen.

FÖRDERER

Unsere Projekte wurden 2024 gefördert von:

abri porta

AKTION MENSCH

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

caritas

Diakonie in Niedersachsen

DEUTSCHE POSTCODE LOTTERIE

Niedersächsische LOTTO-SPORT-STIFTUNG
Bewegen · Integrieren · Fördern

Gefördert durch:
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

UNO FLÜCHTLINGS HILFE

Dankeschön!

Darstellung in alphabetischer Reihenfolge und nicht abschließend.

Bitte scanne den QR-code,
um auf die pdf-Version mit weiterführenden
Links zu gelangen.



